

## **Beschluss** Heute das Morgen in NRW gestalten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.08.2020  
Tagesordnungspunkt: AL Aktuelle Politische Lage

### **Antragstext**

- 1 Die Corona-Pandemie beherrscht seit Monaten den Alltag in Nordrhein-Westfalen.  
2 Hier fand einer der ersten großen Ausbrüche statt. Fast 50.000 Menschen haben  
3 sich bisher mit dem Corona-Virus infiziert und über 1.700 Menschen sind in  
4 diesem Zusammenhang verstorben. Monatelang konnten Kinder nicht in die Kita oder  
5 zur Schule gehen. Viele Eltern, besonders Frauen, haben ihren Jahresurlaub als  
6 Aushilferzieher\*innen und -lehrer\*innen verbracht. Hunderttausende Menschen in  
7 Nordrhein-Westfalen sind in Kurzarbeit oder haben ihre Arbeit verloren,  
8 unzählige wirtschaftliche Existenzen sind gefährdet oder vernichtet. Der Betrieb  
9 vieler Einrichtungen läuft immer noch eingeschränkt.
- 10 Deutschland und NRW sind im internationalen Vergleich relativ glimpflich durch  
11 die erste Pandemie-Welle gekommen. Wir GRÜNE haben von Anfang an die strikten  
12 Maßnahmen zur Eindämmung des Virus unterstützt. Was wir in vielen anderen  
13 Politikbereichen seit Jahren fordern – Listen to Science – wurde zu Beginn der  
14 Pandemie erfolgreich umgesetzt. Das hat viele Menschenleben gerettet und unser  
15 Gesundheitssystem vor der Überforderung bewahrt.
- 16 Wir befinden uns immer noch mitten in der Pandemie. Bis ein Impfstoff oder  
17 wirksames Medikament gefunden und verbreitet ist, wird uns die Eindämmung des  
18 Virus noch viele Monate begleiten. Für uns GRÜNE steht an oberster Stelle, dass  
19 wir das Virus so in Schach halten, dass die Infektionsketten vor Ort  
20 nachvollziehbar bleiben und wir nicht nochmal ähnlich tiefgreifende Shutdown-  
21 Maßnahmen wie im März und April brauchen. Das ist eine riesige Herausforderung  
22 und stellt Politik vor schwierige Abwägungen, die Balance zwischen Gesundheits-  
23 und Infektionsschutz auf der einen und der Einschränkung von Freiheit auf der  
24 anderen Seite zu treffen. Richtschnur dafür muss ein wissenschaftlich fundiertes  
25 Corona-Management sein, das dem Vorsorgeprinzip folgt, die Lebenssituation der  
26 Schwächsten berücksichtigt und Bürger\*innen sowie denen, die diese Politik  
27 umsetzen, klar und transparent kommuniziert wird.
- 28 Auch in der Krise müssen Grundrechte gesichert werden. Das Grundrecht auf Leben  
29 und körperliche Unversehrtheit ist unbedingt zu achten. Wir fordern eine  
30 zwischen Bund und Ländern abgestimmte, fortentwickelte, permanent evaluierte und  
31 transparente Maßnahmenliste mit Sachständen und Bewertungsergebnissen.  
32 Bedingung  
33 dafür ist die Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen. Das  
34 Infektionsschutzgesetz erlaubt die Einschränkung von anderen Grundrechten, um  
35 die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Einschränkungen unserer Grundrechte,  
36 wie zum Beispiel das Kontaktverbot, müssen immer zeitlich begrenzt sein und  
37 andauernd nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip überprüft werden. Die  
38 Einschränkung von Grundrechten kann immer nur der letzte Weg sein. Wir  
39 beobachten mit Sorge, wie Verschwörungstheoretiker\*innen und Rechte die Sorgen  
40 der Menschen instrumentalisieren und die Debatte um Grundrechte mit falschen  
41 Argumenten füttern, um für ihre Zwecke Hass zu säen.

41 Zugleich wollen wir GRÜNE auch über das kurzfristige Krisenmanagement  
42 hinausdenken, wollen Gelegenheiten nutzen, heute das Morgen zu gestalten. Die  
43 Corona-Krise lässt uns vieles neu überdenken und anders machen. Wie wir  
44 arbeiten, uns fortbewegen, lernen und miteinander leben – all das wird gerade  
45 neu verhandelt.

46 Wir GRÜNE treten bei der Kommunalwahl am 13. September dafür an, Mut zu machen  
47 und Hoffnung auf ein besseres Morgen zu geben. Denn eine Rückkehr zur „alten  
48 Normalität“ ist für uns nicht erstrebenswert. Viele Probleme waren hier schon  
49 angelegt: soziale Ungleichheit und ein nicht inklusives Bildungssystem, das  
50 diese noch verschärft, der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen, eine  
51 schwache soziale Infrastruktur, ungleiche Aufteilung der Care-Arbeit zwischen  
52 den Geschlechtern und ungleiche demokratische Teilhabechancen.

53 Bei allem notwendigen, kurzfristigen Krisenmanagement dürfen wir nicht  
54 vergessen: Wir haben jetzt die Chance, langfristige politische Weichen für eine  
55 freiere und gerechtere Gesellschaft zu stellen und für eine widerstandsfähige  
56 Wirtschaft, die mit der Natur arbeitet statt gegen sie. Diese Chance wollen wir  
57 nutzen.

## 58 **Corona bekämpfen - vorsorgend, transparent,** 59 **verhältnismäßig und wissenschaftlich fundiert**

60 Unserem Ansatz, jetzt einen nachhaltigen Wandel zu gestalten, steht eine  
61 Landesregierung gegenüber, die sich dem Mantra der schnellstmöglichen Rückkehr  
62 in „Verantwortungsvolle Normalität“ verschrieben hat. Doch die Betonung liegt  
63 bisher zu wenig auf dem Begriff der „Verantwortung“. Denn die darf weder auf die  
64 Kommunen noch auf die einzelnen Bürger\*innen abgewälzt werden. Wer öffnet, trägt  
65 Verantwortung. Dafür, dass im Hintergrund alles getan wird, um Infektionsrisiken  
66 klein zu halten, neue Infektionsketten früh zu erkennen und besonders gefährdete  
67 Gruppen zu schützen. Dafür brauchen wir vor allem eine umfassende Teststrategie  
68 mit mehr Tests in Schulen, Kitas, Pflegeheimen und Sammelunterkünften sowie in  
69 potenziellen Hotspots wie Schlachthöfen, Betrieben der fleischverarbeitenden  
70 Industrie und Logistikzentren. Nur so können Infektionsketten frühzeitig  
71 unterbrochen werden und größere Infektionsausbrüche verhindert werden. Diese  
72 Strategie bleibt die Landesregierung nach wie vor schuldig. Die Beibehaltung der  
73 Maskenpflicht in Bus und Bahn, beim Einkaufen und immer dort, wo die notwendige  
74 physische Distanz nicht eingehalten werden kann, halten wir für ein  
75 verhältnismäßiges Mittel zur Eindämmung von Neuinfektionen.

76 Wir setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die Öffnungen umsetzen – Schul- und  
77 Kitaleitungen, Pflegeheime, kommunale Verwaltungen oder Unternehmer\*innen –  
78 genügend Zeit bekommen, sich auf veränderte Regeln einzustellen. Die Vorgaben  
79 und Rahmenbedingungen müssen klar sein und die Landesregierung muss bessere  
80 Unterstützung leisten. Von der Schulöffnung im Mai bis zum skandalösen Fall  
81 Tönnies ist klar geworden, dass Laschets Öffnungspolitik bisher häufig übereilt  
82 und unklar war. Wir GRÜNE stellen uns entschieden dagegen, wenn die Schuld für  
83 die Konsequenzen eines schlechten Corona-Managements auf andere geschoben wird

84 –  
85 etwa auf aus Südosteuropa eingereisten Arbeitnehmer\*innen in der  
86 Fleischindustrie. Es gibt keine Menschen erster und zweiter Klasse, und deshalb  
87 darf es auch bei Arbeits-, Gesundheits- oder Infektionsschutz keine doppelten

87 Standards geben, so wie es anscheinend jahrelang der Fall gewesen ist. Wer hier  
88 arbeitet, ob mit deutschem, rumänischem oder bulgarischem Pass, hat den  
89 Anspruch, vor Ausbeutung und Gesundheitsgefahren geschützt zu werden.

90 Die Corona-Pandemie ist für uns alle nicht nur eine große Herausforderung, sie  
91 deckt auch systembedingte Missstände gnadenlos auf. Die Massenunterbringung von  
92 Geflüchteten über einen längeren Zeitraum – teilweise sogar bis zu 24 Monate –  
93 war für uns GRÜNE schon vor der Corona-Krise inakzeptabel. Die Bewohnerinnen und  
94 Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte teilen sich oftmals mit mehreren Personen  
95 ein Zimmer, sanitäre Anlagen und Gemeinschaftsküchen, die angemessene Hygiene-  
96 und Schutzstandards insbesondere während einer Pandemie unmöglich machen.

97 Wir fordern deshalb, Geflüchtete möglichst schnell dezentral in den Kommunen  
98 unterzubringen. Vulnerable Personen und Menschen, die den sogenannten Covid-19-  
99 Risikogruppen angehören, müssen in den Flüchtlingsunterkünften systematisch und  
100 schnell identifiziert und erfasst werden, um für sie besondere Schutzbedarfe  
101 berücksichtigen zu können wie z. B. Unterbringung in getrennten Räumen, Schutz  
102 vor Gewalt in Quarantäne, psychologische Betreuung, um Retraumatisierung zu  
103 vermeiden. Alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen präventiv und in  
104 geeigneter Weise über Corona, allgemeine Schutzmaßnahmen und Verhalten im  
105 Erkrankungsfall umfassend aufgeklärt werden. Neben mehrsprachigen  
106 Informationsangeboten müssen für Aufklärung und Prävention auch verstärkt  
107 Sprachmittler\*innen eingesetzt werden. In allen Unterkünften für Geflüchtete  
108 muss zudem der kostenlose Zugang zum Internet gewährleistet werden. Auch über  
109 NRW hinaus sagen wir: Leave no one behind. Deshalb setzen wir uns dafür ein,  
110 dass NRW ein Kontingent von Flüchtlingen aus den völlig überfüllten  
111 Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln aufnimmt.

112 Wir streiten für eine veränderte Prioritätensetzung im Corona-Management. Armin  
113 Laschets Öffnungspolitik war rhetorisch eine soziale, aber die Lockerungen waren  
114 vor allem ökonomisch motiviert. Für Fußballspiele gab es früher Lösungen als für  
115 Pflegeheime, Möbelhäuser hatten eine höhere Priorität als Kinderspielplätze.  
116 Vorkehrungen, damit auch Angehörige besonders gefährdeter Gruppen ihre sozialen  
117 Grundbedürfnisse ausleben können, müssen in Zukunft im Vordergrund stehen.

118 Für Schulen und Kitas braucht es einen Plan B, damit bei einer zweiten  
119 Pandemiewelle eine Alternative zu Totalschließungen besteht. Denn die Corona-  
120 Krise darf nicht zur Bildungskrise werden. Viel zu lang hat die Perspektive von  
121 Kindern und Familien im öffentlichen Krisenmanagement eine untergeordnete Rolle  
122 gespielt.

123 Bei der Schulöffnung haben wir uns früh dafür ausgesprochen, den Fokus nicht auf  
124 Abschlussprüfungen, sondern auf pädagogische Bedarfe zu legen. Jetzt steht mit  
125 der flächendeckenden Schulöffnung die nächste Bewährungsprobe an. Wir GRÜNE  
126 haben schon im Frühjahr gefordert, dass rechtzeitig Konzepte dafür entwickelt  
127 werden, dass möglichst alle Schüler\*innen wieder regelmäßig Präsenzunterricht in  
128 ihrer Schule erleben. Wir haben dafür auch konkrete Vorschläge vorgelegt. Anders  
129 als die Landesregierung setzen wir dabei aber nicht darauf, dass flächendeckend  
130 Abstandsregelungen ausgesetzt werden und Unterricht im vorgeblichen  
131 "Regelbetrieb" stattfindet – in der Hoffnung, dass es schon gut gehen würde.  
132 Schon jetzt wird die Landesregierung von ihren Versäumnissen eingeholt – die  
133 Maskenpflicht an Schulen ist die Konsequenz einer Planung, die Unterricht mit 30  
134 Kindern in schlecht zu belüftenden Räumen als alternativlos ansieht. „Das

135 Prinzip Hoffnung“ ersetzt keine verantwortliche Planung im Pandemiefall. Wir  
136 halten deshalb an einem Plan B fest: Wir brauchen zusätzliches Personal in Form  
137 von Lernbegleitteams u.a. aus Lehramtsstudierenden und Pensionär\*innen, aber  
138 auch aus studierten Quereinsteiger\*innen der Geistes- und Naturwissenschaften  
139 sowie zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen der Bildungsarbeit, z.B. Teach First.  
140 Wir brauchen zusätzliche Räumlichkeiten außerhalb der Schulen, z.B. in  
141 Vereinsheimen und Kirchengemeinden. So kann der Unterricht in festen  
142 Kleingruppen organisiert werden. Gleichzeitig brauchen wir eine Regeltestung von  
143 Schüler\*innen und Lehrer\*innen. Und es braucht eine Strategie für den Einsatz  
144 digitaler Lernplattformen. Alle Schüler\*innen in NRW müssen mit digitalen  
145 Geräten und Kompetenzen ausgestattet werden, damit in Zukunft gemischte  
146 Unterrichtskonzepte ohne Benachteiligung einkommensschwächerer Gruppen oder  
147 Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen möglich sind.

148 Auch viele Studierende wurden von der Corona-Krise hart getroffen. Klassische  
149 studentische Beschäftigungsfelder, wie z. B. Nebenjobs in der Gastronomie, im  
150 Einzelhandel sowie in der Event-Branche sind weggefallen. Die deutlich erhöhten  
151 Studienabbruchquoten wie in Berlin alarmieren. Die Krise wurde zum Systemtest.  
152 Das BAföG erreicht derzeit nur noch rund 15 % der Studierenden, die Zahlen sind  
153 weiter rückläufig. Was Corona nur nochmal deutlicher gezeigt hat ist, dass wir  
154 endlich die Öffnung sowie eine grundlegende Reform des BAföG brauchen, damit die  
155 Corona-Krise die Unterschiede bei den Bildungschancen nicht vertieft.

156 In NRW gibt es hunderttausende Selbstständige sowie kleine und mittlere  
157 Unternehmen. Auch unter ihnen sind tausende von der Krise hart getroffen, vor  
158 allem aus der Veranstaltungsbranche, im Gastgewerbe, bei Schaustellern oder  
159 Kulturschaffenden. Es ist richtig, dass das Land und der Bund mit „Soforthilfen“  
160 und Bürgschaften einen Beitrag leisten, drohende Insolvenzen zu verhindern und  
161 damit die Vielfalt in unserer Wirtschaft, Kultur und dem Gastgewerbe zu  
162 erhalten. Die Soforthilfen des Bundes gehen leider komplett an der  
163 Lebenswirklichkeit vieler Solo-Selbstständigen vorbei, da keine Kosten des  
164 Lebensunterhaltes abgerechnet werden können. Obwohl die restriktiven Auflagen  
165 für Großveranstaltungen verlängert wurden, ließ die Bundesregierung die davon  
166 Betroffenen mit ihrem Konjunkturpaket im Regen stehen. Inzwischen drohen vielen,  
167 die das Bundesprogramm in NRW in Anspruch genommen haben, Rückzahlungen, da  
168 die  
169 Landesregierung zu Beginn andere Voraussetzungen kommuniziert hatte. Es ist gut,  
170 dass die Landesregierung auf Druck der Betroffenen und der Opposition die  
171 Rückzahlung ausgesetzt hat. Jetzt muss klar gemacht werden: Die  
172 Abrechnungsregeln dürfen nicht im Nachhinein geändert werden oder zu neuen  
173 Engpässen führen. Das landeseigene kleine Hilfsprogramm zur Existenzsicherung,  
174 das die Landesregierung auf enormen Druck u. a. von GRÜNEN aufgelegt hat, ist  
175 mit so vielen Hürden und Auflagen versehen, dass es nur wenige in Anspruch  
176 nehmen können. Wir erneuern unsere Forderung nach einem wirksamen  
177 Rettungsschirm  
178 für Betriebe und Selbstständige, die unsere Innenstädte und das  
179 gesellschaftliche Leben tragen: Hotellerie, Gaststätten, Einzelhandel und  
180 Kulturschaffende.

## 179 **Krisenprävention - Vorsorge als Prinzip**

180 Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen gut aufgestellten Katastrophenschutz. Das  
181 haben die – zumeist ehrenamtlichen – Mitglieder von Feuerwehr, Technischem  
182 Hilfswerk und Hilfsorganisationen auch in der aktuellen Corona-Krise wieder  
183 einmal unter Beweis gestellt. Jetzt gilt es jedoch auch, wichtige Lehren aus der  
184 Corona-Krise zu ziehen und eine bessere Vorsorge für die Zukunft zu betreiben.  
185 Risikoanalysen für unterschiedliche Katastrophenszenarien müssen verpflichtend  
186 sein. Und die Ergebnisse müssen von Bund, Ländern und Kommunen dann auch  
187 umgesetzt werden. Anhand der bereits in der Vergangenheit durchgeführten  
188 Risikoanalysen gilt es jetzt zu bewerten, wie Nordrhein-Westfalen für etwaige  
189 Krisen aufgestellt ist. Wir fordern die Landesregierung hierzu auf, eine  
190 Kommission „Katastrophenvorsorge NRW“ einzusetzen und die Ergebnisse dann auch  
191 entsprechend umzusetzen, beispielsweise, indem mehr krisenrelevante  
192 Infrastruktur von Schutzausrüstung bis zu Krankenhauskapazitäten vorgehalten  
193 wird. Jetzt ist auch die Zeit, die Rechtsgrundlagen zu schaffen, um im  
194 Krisenfall Unternehmen in besonders krisenrelevanten Branchen in die Pflicht zu  
195 nehmen. Kritische Infrastrukturen müssen verpflichtend ausreichend Vorsorge  
196 betreiben, um im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen  
197 Gütern und Dienstleistungen aufrecht erhalten zu können.

198 Während landesweit 59 Krisenstäbe in den Kreisen und kreisfreien Städten sowie  
199 der Bezirksregierungen aktiviert sind, um alle Aktivitäten rund um die Corona-  
200 Krise zu koordinieren, ist und war während der gesamten Zeit ein Krisenstab  
201 nicht aktiviert: Der Krisenstab der Landesregierung. Wir wollen, dass die  
202 staatlichen Behörden im Krisenfall handlungsfähiger werden: Es muss klar sein,  
203 wer was zu tun hat. Das darf nicht erst in der Krise geklärt werden. Die  
204 Kompetenzen zwischen den Ressorts für den Krisenfall müssen klar geregelt  
205 werden. Wir fordern außerdem die Einrichtung einer Zentralstelle beim Bundesamt  
206 für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die den Informationsaustausch über  
207 Ländergrenzen hinweg verbessern und – wenn nötig – ein einheitliches Vorgehen  
208 insbesondere im Hinblick auf den Einsatz begrenzter Ressourcen absichern soll.

209 Katastrophenschutz baut auf Selbstschutz und Selbsthilfe auf. Ein vorsorgender  
210 Staat unterstützt die Bevölkerung darin, sich selbst zu helfen. Deshalb wollen  
211 wir, dass das Land gemeinsam mit den Organisationen im Katastrophenschutz ein  
212 Aufklärungsprogramm auflegt, das die Selbsthilfefähigkeit verbessert – von  
213 Erste-Hilfe-Kursen, (Online-)Trainings für passendes Verhalten in  
214 Gefahrensituationen bis zur Aufklärung zum Vorteil von Bevorratung von  
215 Lebensmitteln.

216 Ohne die starke Bürger\*innengesellschaft in NRW wären wir wesentlich schlechter  
217 durch die Krise gekommen – von der spontanen Nachbarschaftshilfe bis zu den  
218 großen Hilfsorganisationen haben wir ein Netz, das uns trägt und Sicherheit  
219 gibt. Dieses Netz des freiwilligen Engagements wollen wir stärken – die  
220 Feuerwehren, das technische Hilfswerk, die Hilfsorganisationen, aber auch kleine  
221 Vereine und Initiativen. Wir wollen eine Ehrenamtsstrategie mit breiter  
222 Beteiligung, um die Rahmenbedingung und die Unterstützung für Ehrenamt und  
223 Engagement zu verbessern. Wir wollen die kontinuierliche Aus- und Fortbildung  
224 erleichtern, Barrieren abbauen und die Vielfalt unserer Gesellschaft im  
225 Engagement noch besser repräsentiert wissen.

## 226 **Corona bekämpfen - solidarisch in Europa**

227 Die Corona-Krise überstehen wir nur in einem starken, gemeinsam agierenden  
228 Europa. Wenn in der Not Patient\*innen aus Italien, Frankreich und anderen  
229 Nachbarländern in NRW behandelt werden, lebt die Solidarität neu auf. Wir  
230 begrüßen eine deutlich gestärkte europäische Zusammenarbeit im  
231 Gesundheitsbereich, um vorhandene Ressourcen gemeinsam effizient zu nutzen,  
232 damit Europa widerstandsfähiger aus der Krise hervorgeht. Europaweit gute Regeln  
233 ermöglichen auch uneingeschränkte Reisefreiheit und den Binnenmarkt, von dem NRW

234 im Herzen Europas besonders profitiert. Wer blind Grenzen schließt gefährdet  
235 das, was in Jahrzehnten der Zusammenarbeit erreicht wurde und lässt alte  
236 Ressentiments aufleben. Wenn auf beiden Seiten gute Regeln herrschen, machen  
237 Grenzschießungen keinen Sinn. Wir GRÜNE setzen uns für europäische  
238 Zusammenarbeit und offene Grenzen in Europa ein.

239 Mit großer Sorge haben wir die Angriffe auf die Rechte von LGBTIQ\* und Frauen in  
240 der Corona-Krise im europäischen Ausland verfolgt. In Ländern wie Polen, Ungarn  
241 und Rumänien sind zum Teil unter dem Deckmantel von Maßnahmen gegen die  
242 Pandemie  
243 massiv Minderheiten angegriffen worden. Wir GRÜNE verurteilen diese Angriffe auf  
244 die Menschenrechte europäischer Bürger\*innen scharf. Wir werden uns weiter für  
245 die Rechte von Frauen und queeren Personen in ganz Europa stark machen und dafür  
246 auch bestehende Vernetzungen, z. B. Städtepartnerschaften, nutzen.

## 246 **Raus aus der Wirtschaftskrise - Green New Deal 247 für NRW**

248 Bei der Bekämpfung der Corona-Krise haben Staat, Wirtschaft und Gesellschaft  
249 Handlungsfähigkeit bewiesen. Unglaubliche Ressourcen wurden mobilisiert. Das  
250 gleiche Engagement muss auch für die Bewahrung unserer natürlichen  
251 Lebensgrundlagen gelten. Alle Investitionen müssen deshalb jetzt eine doppelte  
252 Rendite haben: Für den Wiederaufschwung und für eine nachhaltigere, gerechtere  
253 und widerstandsfähigere Gesellschaft. Der Weg aus der Krise muss vom  
254 Leitgedanken der sozialen, demokratischen und wirtschaftlichen Teilhabe, der  
255 Geschlechtergerechtigkeit, der Wahrung unserer planetaren Grenzen und der  
256 Zukunftsfähigkeit getragen sein.

257 Wir GRÜNE wollen jetzt die Chance ergreifen, NRW zur ersten klimaneutralen  
258 Industrieregion in Europa umzugestalten und die sozial-ökologische  
259 Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Erfolg bringen. Wir  
260 wollen nicht weniger als ein grünes Wirtschaftswunder in NRW. Jetzt ist der  
261 richtige Moment, den wir nutzen müssen. Wer diese einmalige Chance vertut, wie  
262 die Bundes- und Landesregierung mit ihren Konjunkturprogrammen und dem so  
263 genannten Kohleausstiegsgesetz, fährt in Richtung Abstellgleis. Mit Werkzeugen  
264 der Vergangenheit lassen sich die Weichen für die Zukunft nicht stellen.

265 Das vom Bundestag beschlossene Kohleausstiegsgesetz, das vielmehr ein  
266 Kohleabsicherungsgesetz ist, stellt nicht die richtigen Weichen. Umweltverbände  
267 wie Greenpeace und BUND sehen in ihm eine einseitige Aufkündigung des  
268 Kohlekompromisses durch Bundes- und Landesregierung. Für uns GRÜNE ist das  
269 Gesetz in der jetzigen Form unzumutbar für künftige Generationen und Menschen in

270 Ländern des globalen Südens. Ein Kohleausstieg im Jahr 2038 ist klimapolitisch  
271 viel zu spät sowie viel zu teuer. Schuld trägt daran auch die Regierung Laschet,  
272 die RWE Geschenke in Milliardenhöhe gesichert hat – auf Kosten der Interessen  
273 der Menschen in den Tagebaurandkommunen und auf Kosten des Klimaschutzes. Ohne

274 Begründung ließ sich der Ministerpräsident eine „energiewirtschaftliche  
275 Notwendigkeit“ des Tagebaus Garzweiler ins Gesetz schreiben. Es ist richtig,  
276 dass nun Verfassungsklage gegen dieses Kohleabsicherungsgesetz geführt wird.

277 Für einen **Green New Deal in NRW** fordern wir:

278 • Die Landesregierung muss in einem **zweiten Konjunkturprogramm in eine**  
279 **klimafreundliche, widerstandsfähige Wirtschaft in NRW investieren** – vor

280 allem in den öffentlichen Nahverkehr, in den massiven Ausbau der Rad-  
281 Infrastruktur, in die Erneuerbaren Energien, in einen Sanierungssprung bei  
282 Gebäuden im Bestand, in die Digitalisierung, in regionale  
283 Wirtschaftskreisläufe und in die Dekarbonisierung der Industrie.

284 • Ebenfalls erforderlich sind **Investitionen in Sorge-Arbeit**. Professionelle,  
285 gut vergütete Pflege und Kinderbetreuung machen unsere Gesellschaft  
286 widerstandsfähiger, sozialer und lebenswerter und schaffen langfristig  
287 Arbeitsplätze.

288 • **Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und eine inklusive, barrierefreie**  
289 **Gesellschaft müssen Richtschnur von Wirtschaftsförderung und**  
290 **öffentlichen Investitionen sein.**

291 • Wir wollen den entschlossenen **Einstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren**  
292 **Energien** in NRW. Deshalb brauchen wir endlich einen ordnungspolitischen  
293 Rahmen, der diese wirtschaftliche und klimafreundliche Chance unterstützt.  
294 Die Landesregierung darf insbesondere den **Ausbau der Windenergie in NRW**  
295 nicht länger ausbremsen.

296 • Die Zerstörung von Dörfern, Wäldern und fruchtbarem Boden – nur um mit der  
297 Braunkohle darunter die Klimakrise weiter anzufeuern oder für die  
298 Gewinnung von Abraum – ist nicht zu rechtfertigen. Wir wollen in der  
299 Tagebauregion des Rheinlandes zeigen, dass eine gerechte Transformation  
300 gelingen kann und hier eine Region der Zukunft schaffen. Dazu gehört, dass  
301 kein Mensch, der dort bleiben möchte, mehr aus seinem Zuhause für die  
302 Braunkohle vertrieben werden darf. Wir sagen: **Alle Dörfer Bleiben.**

303 • Damit NRW von den Chancen profitiert, die im **Europäischen Green Deal**  
304 stecken, müssen Bundes- und Landesregierung dafür sorgen, dass die Mittel  
305 auch wirklich in denjenigen Regionen ankommen, die am stärksten vom  
306 Strukturwandel betroffenen sind. Dazu gehören zweifelsohne das Rheinische  
307 Revier und das Ruhrgebiet, gerade hier muss die nachhaltige Transformation  
308 vorangetrieben werden. Die Mittel müssen für Investitionen in grüne  
309 Technologien, Um-, Nachschulung und Weiterbildung sowie die  
310 Wiederherstellung von durch Bergbau zerstörte Landschaft genutzt werden.  
311 Öffentliche Mittel kann es aber nicht für Leistungen geben, zu denen die  
312 Konzerne ohnehin gesetzlich verpflichtet sind, sondern nur für

313 darüberhinausgehende Wiederherstellungsleistungen. Es ist ein grober  
 314 Fehler, dass die Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz nicht für den  
 315 Ausbau der Fahrradinfrastruktur eingesetzt werden können. Wir wollen, dass  
 316 NRW Fahrradland Nr. 1 wird – sowohl für die Alltagsmobilität als auch für  
 317 Freizeitaktivitäten.

318 • NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Wir bekennen uns zum  
 319 Industriestandort NRW. Und genau deshalb fordern wir, **dass die**  
 320 **Konjunkturprogramme auch als Transformationsprogramme angelegt**  
 321 **sein**  
 322 **müssen**. Sie müssen so ausgestaltet werden, dass sie den sozial-  
 323 ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen. Wir haben kein  
 324 Interesse an der Deindustrialisierung unseres Landes. Der  
 325 Industriestandort NRW wird auf Dauer nur eine Zukunft haben, wenn schon  
 326 heute hier die klimafreundlichen Produktionsprozesse von morgen angelegt  
 werden.

327 • **Eine Schlüsselindustrie für ein Grünes Wirtschaftswunder in NRW ist die**

328 **Stahlbranche**. Doch die steckt tief in der Krise, die durch den Corona-  
 329 bedingten Einbruch in der stahlverarbeitenden Industrie noch verstärkt  
 330 wird. Entschiedene Schutz-, Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen und  
 331 verbindliche Umweltstandards beim Stahlimport der Europäischen Kommission  
 332 sind jetzt notwendig, damit die Stahlbranche diese kritische Phase  
 333 übersteht. Das bisher geplante Ausmaß der Unterstützung reicht allerdings  
 334 bei weitem nicht aus, um der Stahlbranche in Europa eine Perspektive zu  
 335 geben. Mittel- und langfristig hat nur eine klimaneutrale Stahlbranche in  
 336 Europa eine Zukunft. Deshalb ist jetzt genau nicht der Zeitpunkt, über  
 337 Lockerungen von Klimaauflagen zu sprechen. Vielmehr braucht die  
 338 Stahlbranche Unterstützung im Transformationsprozess. Wir GRÜNE setzen uns  
 339 gegenüber Landes- und Bundesregierung weiter für eine europäische  
 340 Stahlstrategie ein, mit dem Ziel, die europäische Stahlindustrie zum  
 341 grünen Technologieführer zu machen. Kernelement dieser Stahlstrategie  
 342 sollte ein ordnungsrechtlicher Rahmen sein, der neben einem CO2-  
 343 Mindestpreis auch Klimaverträge mit der Industrie beinhaltet. Sie sorgen  
 344 dafür, dass sich eine Umstellung auf klimaneutrale Produktion lohnt und  
 345 schaffen zudem mit Quoten für klimaneutralen Stahl langfristige  
 346 Absatzmärkte.

347 • Für NRW ist auch die Chemieindustrie von überragender Bedeutung. Bisher  
 348 beruht ihre Produktion überwiegend auf endlichen Rohstoffen, vor allem auf  
 349 Erdöl. Viele Chemikalien sind belastend für unsere Gesundheit und die  
 350 Umwelt. **Wir unterstützen eine Strategie für nachhaltige Chemikalien,**  
 351 **deren**  
 352 **Rohstoffbasis auf erneuerbaren Ressourcen und Kreislaufwirtschaft**  
 353 **beruht.**

354 Unser Ziel ist eine giftfreie Umwelt. Hohe Standards müssen für alle  
 355 Chemikalien im europäischen Markt gelten. Nachhaltige Chemikalien müssen  
 zur Basis eines neuen Investitionszyklus in der Chemieindustrie werden,  
 damit nicht auch in dieser Schlüsselbranche Zukunftstechnologien anderswo



356 entwickelt werden. Europa hat bei sauberer Chemie weltweit einen  
357 Vorsprung, davon kann NRW profitieren.

358 • Die katastrophalen Zustände in der Fleischindustrie in NRW kritisieren wir  
359 GRÜNE nicht erst seit dem Corona-Ausbruch. NRW bezieht einen großen Teil  
360 seiner Wertschöpfung aus einem System, das auf Dumping-Preisen, Dumping-  
361 Löhnen und ständigen Verletzungen des Arbeitsschutzes basiert. Ein System,  
362 das auf Massentierhaltung beruht und die Arbeit der Bäuer\*innen entwertet.  
363 Kurzfristig brauchen wir eine absolute Priorität beim Hygiene- und  
364 Arbeitsschutz sowie das Verbot von Werkverträgen und die  
365 Generalunternehmerhaftung. Mittel- und langfristig stehen wir GRÜNE dafür,  
366 wieder regionale Wertschöpfung in der Lebensmittelbranche zu etablieren.  
367 Dazu gehören auch regionale Strukturen in der Schlachtbranche. Damit  
368 können wir sowohl Tiertransporte und Tierleid verringern als auch eine  
369 bäuerliche Erzeugerstruktur stärken. **Wir brauchen endlich**  
370 **Qualitätsprodukte mit Mehrwert statt Billigfleisch zu Dumpingpreisen.**

## 371 **Eine neue Teilhabegesellschaft mit und nach** 372 **Corona - sozial, ökologisch und demokratisch**

373 Die Corona-Krise betrifft uns alle, aber sie trifft manche härter als andere.  
374 Bestehende soziale Ungleichheiten wurden durch die Krise weiter verschärft und  
375 neue Schieflagen produziert. Gleichzeitig haben wir eine neue Wertschätzung für  
376 gesellschaftliche Solidarität und einen vorsorgenden und versichernden  
377 Sozialstaat erfahren. Dieser Solidargedanke muss auch die mittel- und  
378 langfristige Bewältigung der Pandemie prägen. Das bedeutet auch,  
379 Verteilungsfragen zu stellen – und gerecht zu beantworten, damit durch die Krise  
380 nicht von unten nach oben umverteilt wird.

381 Durch die Krise müsste endlich allen klar sein: Für einen schlanken Staat zahlen  
382 wir am Ende eine dicke Rechnung. Kostenreduktion um jeden (gesellschaftlichen)  
383 Preis muss dem Prinzip der Vorsorge weichen. Die Welle des Kaputtsparens der  
384 Verwaltungen etwa in den öffentlichen Gesundheitsämtern oder im Arbeitsschutz  
385 ging zu Lasten derer, die auf gut ausgestattete staatliche Infrastruktur  
386 besonders angewiesen sind, weil sie sich nicht aus den öffentlichen Angeboten  
387 herauskaufen können. Wir GRÜNE wollen aus dieser Krise die richtigen Schlüsse  
388 ziehen, um gestärkt aus ihr hervorzugehen. Wir wollen eine Gesellschaft der  
389 Vielen, in der jede\*r ungeachtet des Geschlechts, der Herkunft oder anderer  
390 Merkmale gleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe erfährt.

## 391 **Teilhabe durch gute Gesundheitsvorsorge**

392 Dass wir im internationalen Vergleich gut durch die Krise gekommen sind, hat  
393 auch damit zu tun, dass unsere öffentliche Daseinsvorsorge in zentralen  
394 Bereichen nicht privatisiert und die Gesundheitsversorgung nicht komplett dem  
395 Individuum auferlegt sind. Und dort, wo Vorhaltungskapazitäten zunächst fehlten,  
396 war dies oft auf den gestiegenen Profitdruck im Gesundheitssystem  
397 zurückzuführen.

398 Wir GRÜNE wollen das Gesundheits- und Pflegewesen aufwerten – das bedeutet eine  
399 bessere Personalausstattung, höhere Löhne, mehr Reservekapazitäten, die

400 Rücknahme von Leistungsausgrenzungen und nicht zuletzt die Stärkung des  
401 öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die Profitorientierung im Gesundheitsbereich  
402 muss enden.

403 In der aktuell laufenden Diskussion um die Zukunft der Krankenhausplanung setzen  
404 wir auf einen Ansatz vielfältig aufgestellter Gesundheitsregionen, in denen  
405 Standorte mit Grundversorgung, solche mit fachlicher Spezialisierung, die  
406 Möglichkeiten der Digitalisierung – Stichwort: virtuelles Krankenhaus – und ein  
407 gutes Netz niedergelassener Ärzt\*innen in einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept  
408 zusammengebracht werden. Oberster Maßstab ist für uns die Versorgungssicherheit  
409 und ein an den Bedarfen der Menschen aufgestelltes Gesundheitssystem, das in  
410 zentralen Bereichen den Kräften des Marktes und der Profitorientierung entzogen  
411 ist.

412 Damit unser Gesundheitssystem für alle gleich zugänglich ist, wollen wir  
413 Angebote und eine gesundheitliche Kommunikationsstrategie für nicht-  
414 deutschsprachige und Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung stellen.

### 415 **Teilhabe durch gute Arbeit und soziale Sicherheit**

416 Wie sehr wir alle von Erzieher\*innen, Verkäufer\*innen und speziell von Menschen  
417 in den Gesundheitsberufen abhängen, wurde in der Krise deutlich. Die politische  
418 Gunst der Stunde, diese als systemrelevant identifizierten Berufe auch  
419 tatsächlich langfristig besser zu bezahlen und in den Schutz von Tarifverträgen  
420 einzubeziehen, darf nicht verpasst werden. Die Stützen unserer Gesellschaft  
421 dürfen nicht mit Applaus und Einmalzahlungen abgespeist werden. Ihre  
422 Arbeitsbedingungen und ihre Entlohnung wollen wir durch Rahmentarifverträge und  
423 höhere Branchenmindestlöhne strukturell verbessern, im Handel etwa über eine  
424 Initiative zur Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeit der bestehenden  
425 Tarifverträge.

426 In der Pflege und im Sozial- und Erziehungsbereich verschärft sich der  
427 Fachkräftemangel in den zunehmend hochqualifizierten Tätigkeiten immer weiter.  
428 Personalgewinnung kann in diesen Bereichen nur mit entsprechend guter Bezahlung  
429 und besseren Arbeitsbedingungen gelingen. In vorrangig von Männern ausgeübten  
430 Berufen mit vergleichbarer Qualifizierung sind die Löhne deutlich höher. Wir  
431 streiten für gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dabei geht es  
432 auch um eine generelle Neubewertung von (Care- bzw. Sorge-)Tätigkeiten.

433  
434 Für Menschen, die schon vor der Corona-Pandemie in Armut lebten, sind die Folgen  
435 der Krise besonders tiefgreifend. Längst ist der Gang zur Tafel für Menschen in  
436 der Grundsicherung zur Normalität geworden. Denn die viel zu niedrig bemessenen  
437 Regelsätze reichen kaum aus, um durch den Monat zu kommen. Davon ist der Frisör,  
438 der seinen Lohn mit Hartz IV aufstocken muss, genauso betroffen wie Kinder in  
439 Bedarfsgemeinschaften oder die Rentnerin, die mit der Grundsicherung im Alter  
440 ihre kleine Rente ausgleichen muss.

441 In Nordrhein-Westfalen trifft dies besonders viele Menschen. In der Corona-Krise  
442 sind viele der wichtigen Hilfsangebote weggebrochen und gleichzeitig die Kosten,  
443 z. B. durch erhöhte Lebensmittelpreise, gestiegen. Deshalb fordern wir als  
444 kurzfristige Maßnahme einen monatlichen Zuschlag in der Grundsicherung von 100  
445 Euro für Erwachsene sowie 60 Euro für Kinder und Jugendliche.

446 Die Corona-Krise hat uns aber auch gezeigt, wo unser soziales Netz generell  
447 löchrig ist und wie wir es für zukünftige Krisen enger stricken müssen. Deshalb  
448 wollen wir Hartz IV überwinden und mit der Grünen Garantiesicherung das soziale  
449 Sicherungsversprechen erneuern. Mit deutlich höheren Regelsätzen, die das  
450 soziokulturelle Existenzminimum sichern und Teilhabe garantieren. Mit  
451 passgenauer Förderung sowie Beratung auf Augenhöhe und einem Ende der  
452 Sanktionspraxis in den Jobcentern. Mit individuellen Leistungen ohne Anrechnung  
453 des Partner\*in-Einkommens. Mit Hinzuverdienstregeln, die sicherstellen, dass  
454 Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Wir wollen und  
455 dürfen nicht zulassen, dass die Corona-Krise zu einer Gerechtigkeits- und  
456 Armutskrise wird.

457 Mit dem Abflauen der ersten Pandemie-Welle ist ein guter Zeitpunkt gekommen,  
458 Home-Office bzw. mobiles Arbeiten politisch verbindlich zu gestalten. Die  
459 Erfahrungen aus der Krise haben das Potenzial für Umwelt, Klima, eine  
460 Verkehrswende und mehr Zeit für die Familie aufgezeigt. Hier können wir die  
461 Chancen des digitalen Wandels nutzen. Wir setzen uns für ein Recht auf Home-  
462 Office in allen Tätigkeitsfeldern und Bereichen, wo dies möglich ist, ein. Dabei  
463 muss klar sein: Home-Office ist kein Ersatz für Kinderbetreuung.  
464 Arbeitnehmer\*innen müssen mit klaren, an neue Arbeitsmodelle angepasste, aber  
465 nicht weniger restriktiven arbeitsrechtlichen Regelungen vor einer Entgrenzung  
466 von Privatem und Beruflichen geschützt werden. Zudem muss es verlässliche  
467 Regelungen im Rahmen der Arbeitsstättenverordnung geben, damit der  
468 Gesundheitsschutz auch im Home-Office gewährleistet ist. Weiterhin müssen wir  
469 Arbeitnehmer\*innen wirksam vor Überwachung und Verletzung ihrer Privatsphäre  
470 über digitale Geräte im Home-Office schützen.

## 471 **Teilhabe durch demokratische Mitsprache**

472 Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der demokratische,  
473 gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe für alle ermöglicht. Es geht um nichts  
474 weniger als die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Dafür treten wir GRÜNE  
475 seit langem ein. Beteiligungsmöglichkeiten müssen gestärkt werden, etwa durch  
476 zufallsgeloste Bürger\*innenräte auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis  
477 zur EU. Wir werden die Möglichkeit der Digitalisierung für wirkmächtige,  
478 demokratische und partizipative Prozesse nutzen, demokratische Mitbestimmung in  
479 Schulen und Betrieben ausweiten und dafür sorgen, dass sich die Vielfalt unserer  
480 Gesellschaft, insbesondere unserer Einwanderungsgesellschaft, besser in unseren  
481 Parlamenten abbildet. Wir GRÜNE NRW wollen als Partei einlösen, was wir für die  
482 ganze Gesellschaft fordern: strukturelle Diskriminierung mit strukturellen  
483 Änderungen zu beantworten.

484 Ausgehend von den USA ist die Black Lives Matter-Bewegung nach dem Mord an  
485 George Floyd durch Polizisten erstarkt und um die Welt gegangen. Auch in  
486 Deutschland haben im Frühjahr hunderttausende Menschen gegen Rassismus  
487 demonstriert und eine wichtige Debatte über rassistische Diskriminierung und  
488 Gewalt vorangetrieben. Wir solidarisieren uns mit der Bewegung und bekräftigen  
489 unsere bestehenden antirassistischen Positionen. Gerade vor dem Hintergrund der  
490 schrecklichen rechtsterroristischen Anschläge der letzten Jahre wie dem Mord an  
491 Walter Lübcke, Halle und Hanau, müssen wir uns in unseren Kommunen mit aller  
492 Kraft als Demokrat\*innen gemeinsam gegen Hass und Hetze stellen.

493 Deshalb fordern wir einen Aktionsplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus in  
494 der Polizei, unseren öffentlichen Institutionen sowie eine Aufklärung und  
495 Aufarbeitung deutscher kolonial-rassistischer Geschichte. Wir bekennen uns zu  
496 der von der AG Vielfalt des Bundesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
497 entwickelten Instrumenten: Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt als  
498 verpflichtendes Satzungsziel, das regelmäßig evaluiert wird; Empowerment über  
499 Mentoring und andere Programme sowie Institutionalisierung der Ziele über  
500 entsprechende Strukturen in unserer Partei.

## 501 **Teilhabe von Kindern und Jugendlichen**

502 Kinder und Jugendliche sind von der Corona-Krise am stärksten betroffen und  
503 müssen am längsten mit den politischen Entscheidungen von heute leben. Sie haben  
504 aber kaum politisches Mitspracherecht. Wir GRÜNE unterstützen junge Menschen  
505 dabei, echte Mitspracherechte und Beteiligung zu erstreiten. Es ist höchste  
506 Zeit, dass Bund und Länder das Wahlalter für alle Wahlen auf 16 absenken. Dies  
507 muss der erste Schritt sein, um politische Mitbestimmung für alle Menschen  
508 unabhängig ihres Alters zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder  
509 und Jugendliche in Kitas, Schulen und in den Städten und Gemeinden dauerhaft  
510 mehr Mitspracherechte erhalten.

511 Junge Menschen haben in den letzten Monaten auf vieles verzichten müssen. Viele  
512 haben sich darüber hinaus solidarisch gezeigt und beispielsweise Einkäufe für  
513 Risikogruppen organisiert. Über Monate hatten Jugendliche und junge Erwachsene  
514 so gut wie keine Räume der Zusammenkunft. Wir setzen uns dafür ein, dass  
515 gemeinsam mit den Kommunen neue Konzepte erarbeitet werden, wie unter freiem  
516 Himmel unter Einhaltung klarer Hygienevorschriften Freiräume geschaffen werden –  
517 zum Zusammensein, Tanzen und Feiern. Denn Kinder und Jugendliche brauchen auch  
518 mehr Platz und (Frei-)Räume in unseren Städten und Gemeinden – auf öffentlichen  
519 Plätzen, im Straßenverkehr, in Jugendzentren und durch mobile Angebote. Und  
520 Kinder und Jugendliche brauchen eine bessere finanzielle Absicherung. Deshalb  
521 streiten wir für eine Kindergrundsicherung. Mit den erhöhten Hygienebedingungen,  
522 die den Besuch der Kita oder Schule schon mit einem leichten Schnupfen  
523 ausschließen, werden viele Kinder absehbar häufiger zu Hause betreut werden  
524 müssen – deshalb streiten wir weiter für ein Corona-Elterngeld.

## 525 **Teilhabe durch Gleichberechtigung**

526 Die Corona Krise ist zu einer Krise der Frauen geworden. Deutlich mehr Frauen  
527 als Männer verlieren durch die Krise und aufgrund der Ausrichtung der  
528 Konjunkturpakete auf traditionell männerdominierte Branchen ihre Jobs.  
529 Gleichzeitig leisten sie noch mehr Care-Arbeit von Pflege über Haushalt und  
530 Erziehung, die durch den Wegfall staatlicher Leistungen anfällt. Weibliche  
531 Stimmen fehlen dadurch im öffentlichen Diskurs. Frauen dürfen nicht zu den  
532 Verliererinnen der Krise werden. Wir brauchen mehr Frauen in verantwortlichen  
533 Positionen im Krisenmanagement und auf allen Entscheidungsebenen.

534 Frauen gehört die Hälfte der Macht. Die im Artikel 3 des Grundgesetzes  
535 garantierte Gleichberechtigung der Geschlechter muss auch in unseren Parlamenten  
536 endlich Realität werden. Deshalb setzen wir uns für ein verfassungsfestes  
537 Paritätsgesetz in NRW und auf Bundesebene ein, welches ein gleichberechtigtes

538 Verhältnis von Männern und Frauen festschreibt, aber auch die sog. "dritte  
539 Option", also Menschen mit dem Personenstand "divers" berücksichtigt.

540 Konjunkturmittel müssen mindestens hälftig explizit bei weiblichen Beschäftigten  
541 und von Frauen geführten Unternehmen ankommen und das Leben von Frauen  
542 verbessern. Dafür braucht es vorausschauende Planung durch Gender-  
543 Folgeabschätzung vor Einsatz der Mittel aus den Konjunkturpaketen sowie wirksame  
544 Kontrolle mittels Gender Budgeting-Programmen, die der strukturellen  
545 Benachteiligung von Frauen entgegenwirken – von Quotierung in der Wirtschaft und  
546 auf dem Arbeitsmarkt über den Ausbau von Betreuungsinfrastruktur bis hin zu  
547 Programmen, die im Bildungsbereich ansetzen –, müssen in der Krise ausgebaut und  
548 verstärkt werden. Alleinerziehende und von Mehrfachdiskriminierung Betroffene,  
549 etwa aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder einer Behinderung, sind von der  
550 Krise häufig besonders stark betroffen und müssen deshalb auch besonders in den  
551 Fokus dieser Maßnahmen rücken.

552 Stay-at-home bedeutete insbesondere für einige Frauen und ihre Kinder eine  
553 Potenzierung der Gewalt, die sie auch sonst schon zu Hause durch ihren Partner  
554 erleben müssen. Das Ausmaß wird erst langsam sichtbar. Schon vor Corona waren  
555 Frauenhäuser überlastet. Aber jetzt brauchen sie ebenso wie die  
556 Frauenberatungsstellen zusätzliche Mittel, Betroffenen zu helfen. Deshalb  
557 fordern wir ein Maßnahmenpaket gegen häusliche Gewalt in der Corona-Krise und  
558 eine Stärkung der Hilfsangebote für betroffene Frauen sowie ein lautstarkes  
559 außenpolitisches Bekenntnis zur Einhaltung der Istanbul-Konvention.

560 Auch mussten queere Projekte im Zuge des Lockdowns heruntergefahren oder  
561 pausiert werden. Viele Prides mussten abgesagt werden. Gerade in dieser  
562 schwierigen Zeit für die queere Community sagen wir klar: Wir werden jetzt erst  
563 recht gegen jede Queerfeindlichkeit und für eine diverse, freie und offene  
564 Gesellschaft kämpfen. Deshalb fordern wir einen Rettungsschirm für queere  
565 Projekte.

566  
567 Auch Jugendliche sowie ältere, ärmere oder obdachlose Menschen und Menschen mit  
568 Behinderung, psychischen und/oder chronischen Erkrankungen, gehören zu den  
569 besonders Gefährdeten in der Krise, die unsere Aufmerksamkeit und Solidarität  
570 verdienen.

## 571 **Teilhabe durch Vorsorge**

572 Deutschland lebt seit Jahrzehnten von seiner Substanz, was die Infrastruktur  
573 betrifft. Das sehen wir jetzt überdeutlich bei Gesundheitsämtern,  
574 Arbeitsschutzbehörden, der hygienischen Ausstattung von Schulen oder dem  
575 öffentlichen Nahverkehr. Insbesondere Kommunen brauchen einen Rettungsschirm,  
576 müssen mit der Hilfe von Bund und Land von ihren Altschulden befreit und in die  
577 Lage versetzt werden, Vorsorge durch eine funktionierende Infrastruktur zu  
578 leisten.

579 Vorsorge und Krisenfestigkeit müssen auch leitende Prinzipien der  
580 Wirtschaftspolitik werden. Viele Unternehmen in Europa sind zu stark auf globale  
581 Lieferketten und einzelne Zuliefer(länder) angewiesen, selbst bei essenziellen  
582 Gütern wie Medikamenten und Gesundheitstechnik. Das macht unsere Wirtschaft und  
583 unsere Versorgung verletzlich. Europa und Deutschland brauchen eine

584 Pandemiewirtschaft für lebensnotwendige Güter und müssen mehr auf regionale  
585 Wirtschaftskreisläufe setzen.

## 586 **Teilhabe durch Digitalisierung**

587 Mit der Pandemie haben wir einen Schub der Digitalisierung in unseren Alltag  
588 erlebt. Was sich durch Corona ungeplant entwickelt hat, muss jetzt politisch  
589 gestaltet werden und mit Datensouveränität und zeitgemäßem, modernen  
590 Arbeitsrecht in Einklang gebracht werden. Spätestens seit Corona ist ohne Zugang  
591 zur digitalen Welt Teilhabe an unserer Gesellschaft unmöglich geworden. Das  
592 bedeutet zum einen: Schnelles Internet an jeder Milchkanne ist Teil der  
593 Daseinsvorsorge. Und ohne digitales Know-How, Internetanschluss und Endgeräte  
594 werden nicht nur Schüler\*innen abgehängt, sondern auch gerade ältere Menschen  
595 und Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Sie brauchen Unterstützung, damit  
596 Digitalisierung soziale Ungleichheiten nicht weiter verschärft. Wir brauchen  
597 deshalb auch einen Digitalpakt für die Sozialwirtschaft, um Angebote durch die  
598 Krise hindurch und auch danach aufrecht zu erhalten.

599 Die Corona-App hat gezeigt, dass Datensicherheit und -sparsamkeit mit digitalem  
600 Fortschritt Hand in Hand gehen können. Das führt zu einer hohen Akzeptanz der  
601 App, auch im internationalen Vergleich. Hier liegt für uns die Zukunft der  
602 Digitalisierung Made in NRW. Allerdings zeigt sich auch bei der Corona-App, dass  
603 wir die digitale Teilhabe barriereärmer gestalten müssen. Viele Menschen in  
604 unserem Land können die App nicht nutzen, da ihre Smartphones nicht den neuesten  
605 Standards entsprechen.

606 Dem Einzelhandel droht durch die Corona-Krise eine Pleitewelle und gleichzeitig  
607 eine noch größere Konzentration auf einige wenige Online-Händler. Weder Bundes-  
608 noch Landesregierung haben eine Antwort auf diese Prozesse, die durch Corona  
609 lediglich beschleunigt werden. Wir brauchen dringend mehr Förderung für die  
610 Digitalisierung des Einzelhandels und Maßnahmen, um Leerstand und Verödung von  
611 Innenstädten und Dörfern zu verhindern. Die Bundesregierung muss die EU-  
612 Ratspräsidentschaft für eine faire europäische Besteuerung der Internetriesen  
613 nutzen.

614 Die Digitalisierung kann die Energiewende voranbringen, sie kann uns neue Wege  
615 aufzeigen, Energie und Ressourcen zu sparen, unsere Umwelt und Arten zu schützen  
616 und kann den Beschäftigten mehr Freiheitsgrade – und nicht mehr Druck – in der  
617 Arbeitswelt verschaffen, der Selbstbestimmtheit der Einzelnen dienen. Nichts  
618 davon geschieht aber von allein. Digitalisierung ist das Werkzeug, eine  
619 Nachhaltigkeitsgesellschaft das Ziel.

## 620 **Zukunft entscheidet sich hier - mit** 621 **Gestaltungsfreude und Zuversicht in die** 622 **Kommunalwahl**

623 Wir GRÜNE treten bei der Kommunalwahl am 13. September dafür an, Mut zu machen  
624 und Hoffnung auf ein besseres Morgen zu geben. Damit fangen wir dort an, wo der  
625 Alltag stattfindet: in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Denn Zukunft  
626 entscheidet sich hier.

627 In den Kommunen gestalten wir heute das Morgen:

- 628 • Mit einer **Neuaufteilung des öffentlichen Raums** – für Fußgänger\*innen,  
629 Radfahrer\*innen und spielende Kinder, für genügend Raum zum Abstandhalten  
630 und für zusätzlichem Platz für Gastronomie und Kultur. Andere europäische  
631 Städte und auch Berlin machen es vor. Mit autofreien Innenstädten wie in  
632 Brüssel, den zahlreichen Pop Up-Bikelanes in Berlin und den Gastro-Meilen  
633 wie in Wien wurde städtischer Raum in der Corona-Krise neu verteilt.  
634 Städte in NRW waren nicht so mutig und erhielten für ihre Überlegungen  
635 auch keinerlei Unterstützung durch die Landesregierung.
  
- 636 • Mit einer **sozialen und ökologischen Stadt- und Gemeindeentwicklung**  
637 stärken  
638 wir den Zusammenhalt. Wir wollen Stadtviertel und Gemeinden so gestalten,  
639 dass Jung und Alt gut und selbstbestimmt zusammenleben: in lebendigen  
640 Quartieren, auf belebten Plätzen und in Ortschaften der „kurzen Wege“ –  
641 ohne Barrieren. Wir sorgen dafür, dass Orte ihre Identität bewahren,  
642 verhindern Wildwuchs und Flächenfraß und schaffen Raum für  
zukunftsweisende Ideen.
  
- 643 • Wir wollen **bezahlbares Wohnen für Alle**. Besonders in den Regionen NRW  
644 mit  
645 wachsender Bevölkerung brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir sorgen  
646 dafür, dass die Menschen dort wohnen können, wo sie leben möchten.  
647 Kommunen müssen beim Wohnungsbau einen relevanten Anteil  
648 mietpreisgebundener Wohnungen vorgeben und selbst in den sozialen  
649 Mietwohnungsbau investieren. Statt Mieterrechte in der Pandemiezeit zu  
650 stärken, hat die Landesregierung seit dem 1.7. mit Inkrafttreten der  
651 sogenannten „Mieterschutzverordnung“ den Mieterschutz in NRW massiv  
652 runtergefahren. In nur noch 18 statt bislang 59 Städte greift die  
653 Verordnung, Städte mit einem hohen Mietendruck wie Bielefeld oder Aachen  
654 sind herausgefallen. Diese Fehlentscheidung werden wir Grüne in  
655 Regierungsverantwortung rückgängig machen. Wir wollen kommunale  
656 Wohnungsbaugesellschaften stärken, eine sozial gerechte Bodennutzung  
657 vorantreiben und in Bebauungsplänen eine verbindliche Quote für sozialen  
658 Wohnungsbau festschreiben. Wir GRÜNE unterstützen Baugruppen,  
659 Genossenschaften und alternative, gemeinschaftliche Wohnformen, die  
preiswert Wohnraum schaffen.
  
- 660 • Wir wollen in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen ein  
661 **klimafreundliches, attraktives, bezahlbares und bedarfsgerechtes**  
662 **Mobilitätsangebot** schaffen, mit dem alle bequem und stressfrei zum Ziel  
663 kommen. Eines, das die Umwelt schützt und für mehr Lebensqualität in  
664 unseren Orten sorgt. In mittleren und großen Städten NRW wollen wir,  
665 sofern vor Ort möglich und sinnvoll, mittelfristig autofreie Innenstädte.  
666 Dafür brauchen wir vor allem ein besseres und attraktiveres Angebot der  
667 öffentlichen Verkehrsmittel, sichere und komfortable Infrastruktur für  
668 Fahrräder und Pedelecs, CarSharing-Angebote und eine gute Vernetzung aller  
669 Verkehrsmittel. Wir führen einen NRW-weiten Mindesttakt von Bus und Bahn  
670 ein. Die Kommunen sind dabei durch entsprechende Förderprogramme  
671 finanziell zu unterstützen. Wir GRÜNE machen NRW zum Fahrradland Nr. 1.  
672 Dafür wollen wir in den Städten, Gemeinden und Kreisen mehr in Sicherheit,

- 673 Qualität und Attraktivität des Radverkehrs investieren. Mit  
674 Radwegekonzepten und Radverkehrsbeauftragten in den Kommunen werden wir  
675 dem Thema einen höheren, angemessenen Stellenwert geben.
- 676 • Wir GRÜNE stehen für **den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen**,  
für  
677 den Schutz der Natur und unserer Artenvielfalt. Wir treiben ökologisches  
678 Wirtschaften voran. Wir fördern Klimaschutz im Kleinen, der Großes  
679 bewirkt. Dazu zählen zum Beispiel der beschleunigte Ausbau Erneuerbarer  
680 Energien wie Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden und die Förderung von  
681 privaten Solaranlagen, ebenso wie moderne effiziente Konzepte zur  
682 Energieversorgung in Wohn- und Gewerbegebieten, oder auch verbesserte  
683 Bedingungen für lokal emissionsfreie Antriebe. Wir fördern einen neuen  
684 Umgang mit Flächen: Die Potentiale von Flächenrecycling wollen wir  
685 ausschöpfen, um den Verbrauch neuer Flächen zu reduzieren und ökologische  
686 und wirtschaftliche Interessen in Einklang zu bringen, die Lebensräume  
687 lokaler Tier- und Pflanzenarten zu schützen und dazu Natur- und  
688 Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und Biotope besser vernetzen.  
689 Kommunale Flächen, Wälder und Gewässer sollen umweltverträglich und  
690 nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir setzen uns für eine Landwirtschaft  
691 im Einklang mit der Natur ein und arbeiten dazu partnerschaftlich mit  
692 allen Landwirt\*innen zusammen. Wir wollen mehr Dach- und Fassadenbegrünung  
  
693 ermöglichen, um auch hier Lebensräume zu öffnen. Mit kommunalen  
694 Biodiversitätsstrategien und Freiflächenkonzepten zum Schutz der Arten  
695 werden wir vor Ort neue Lebensräume schaffen.
- 696 • Wir stehen für **soziale Städte und Gemeinden** mit einer starken  
697 Infrastruktur. Die Pandemie macht den Wert der Daseinsvorsorge deutlich  
698 und zeigt, wie wichtig Reservekapazitäten sind. Wir wollen ein  
699 flächendeckendes Netz der Gesundheitsvorsorge und starke soziale  
700 Einrichtungen. Die Kinderbetreuung und den Ganzttag an Grundschulen wollen  
701 wir weiter ausbauen und die Gebühren dafür mit dem Langfristziel der  
702 Gebührenfreiheit zunächst so weit wie möglich senken, unter der Bedingung,  
703 dass die Qualität darunter nicht leidet. Wir setzen uns für die  
704 Integration von Geflüchteten ein und streiten dafür, dass Kultur und  
705 Sozialleistungen der Krise nicht zum Opfer fallen.
- 706 • **Wir nehmen ernst, wem die Zukunft gehört - Kindern und Jugendlichen.**  
Sie  
707 sind diejenigen, die am längsten mit den Folgen der Entscheidungen von  
708 heute leben werden. Wir schaffen mehr Beteiligung, mehr Platz und mehr  
709 Unterstützung für Kinder und Jugendliche in unseren Städten und Gemeinden.
- 710 • Wir machen unsere **Kommunen zu starken Orten der wehrhaften**  
**Demokratie &**  
711 **Vielfalt**, wo Menschen verschiedenster Identitäten wie unterschiedlicher  
712 Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Identität sich austauschen  
713 und gemeinsam ihre Nachbarschaften gestalten können. Wir wollen gezielt  
714 kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen  
715 und demokratische Begegnungsorte schaffen gerade mit Blick auf den Bedarf



716 verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, z. B. Frauen, Migrant\*innen,  
717 Jugendliche, alte Menschen und queere Personen.

718 • **Kinderschutz** ist uns ein zentrales Anliegen und muss auch in der  
719 Pandemiezeit gewährleistet sein. Fälle von Kindeswohlgefährdung haben in  
720 den Monaten des Lockdowns deutschlandweit zugenommen. Die Schließung von  
721 Schulen und Kitas, ebenso wie die deutlich geringere Erreichbarkeit von  
722 Jugendämtern und die Reduzierung von aufsuchender Familienhilfe hat es  
723 erschwert, mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu bleiben und mögliche  
724 Gefährdungsanzeichen frühestmöglich zu erkennen. Wir sehen die Gefahr,  
725 dass sexualisierte Gewalt noch weiter ins Verborgene abrutscht. Umso  
726 wichtiger ist es, sowohl die Jugendämter als auch die freien Träger  
727 entsprechen finanziell und personell und mit ausreichend  
728 Infektionsschutzmasken so auszustatten, dass ihre Arbeit bei einem  
729 erneuten Shutdown unter Beachtung des Infektionsschutzes weitergeführt  
730 werden kann. Wir müssen die Vielfalt der Träger der Jugendhilfe erhalten  
731 und stärken, damit keine Versorgungslücken in der Jugendhilfelandchaft  
732 entstehen. Nur so können wir den Schutz von Kindern und Jugendlichen  
733 zukünftig sicherstellen.

734 Unsere Städte brauchen Gestaltungsspielraum. Gerade in der Corona-Krise zeigt  
735 sich, wie wichtig handlungsfähige Kommunen sind. Gleichzeitig steigen die  
736 krisenbedingten Ausgaben, z. B. in den Gesundheitsämtern oder kommunalen  
737 Krankenhäusern. Die Fixkosten, etwa für den Betrieb von Kitas, Museen, Theatern,  
738 Bibliotheken oder des ÖPNV, bleiben weitestgehend bestehen. Die Einnahmen aus  
739 Gebühren und Eintrittsgeldern gehen dagegen stark zurück oder bleiben komplett  
740 aus. Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle werden die Kommunen hart  
741 treffen, wie etwa bei der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle.

742 Die Entlastung der kommunalen Haushalte über die stärkere Übernahme der Kosten  
743 der Unterkunft durch den Bund ist schon lange grüne Forderung, kann aber nur ein  
744 erster Schritt sein. **Wir sehen Bund und Länder in der Verantwortung die  
Kommunen  
745 bei der Bewältigung der Altschuldenproblematik zu unterstützen.** Die Bundes-  
und  
746 die Landesregierung kneifen bei der Altschuldenfrage weiterhin. Wir brauchen ein  
747 zweites Landeskonjunkturpaket, in dem endlich eine Lösung zur Entschuldung der  
748 Kommunen gefunden wird. Damit es überall in NRW genug Geld für Schwimmbäder,  
749 Büchereien und attraktive Spielplätze gibt.